



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/79

8. Juli 1949

Das Elternrecht

Von Arno Hennig

Kulturreferent der deutschen Sozialdemokratie

Das Elternrecht, ein Begriff, über den in weitesten Kreisen des deutschen Volkes die denkbar grösste Unklarheit herrscht und über den sich sogar die beiden grossen christlichen Konfessionen keinswegs einig sind, droht zum fragwürdigen Eckstein der westdeutschen politischen Entscheidung zu werden.

Nicht alle, die ihre Auffassung vom Elternrecht heute als unabdingbares Fundament christlicher politischer Stellungnahme anpreisen, haben das zu allen Zeiten getan: Als 1919 in Bayern die Regierung Hofmann mit dem Elternrecht ernst machte und den Eltern die Entscheidung über die religiöse Erziehung ihrer Kinder zusprach, nannten hohe kirchliche Würdenträger das Elternrecht eine Erfindung des Teufels und bethelhemitischen Kindermord an den Seelen! So ändern sich die Zeiten! Es wäre grundfalsch, die Überbetonung einer bestimmten Auffassung des Elternrechtes durch ebenso heftige Bekämpfung des Elternrechtes überhaupt zu erwidern und etwa die Parole: "Kinderrecht gegen Elternrecht" zu entrollen. Das Elternrecht ist eine Tatsache, so alt wie die Menschheit. Es ist sittlich begründet durch das Kindesrecht, das naturgemäss von den Eltern wahrgenommen werden muss. Es wäre zutreffend, wenn man den Ausdruck Elternrecht durch Elternpflicht ersetzte; aber es hat sich eingebürgert.

Die Begründung und Darlegung des Elternrechtes geht zurück auf den heiligen Thomas von Aquino. Eine übersichtliche katholische Erläuterung des Elternrechtes findet sich in dem von der katholischen Kirche anerkannten und genehmigten "Lexikon für Theologie und Kirche", Bd. III, S. 645. Wir werden diesen Gedankengängen folgen und nach Möglichkeit sie wörtlich zitieren, obwohl wir wissen, dass z.B. die naturrechtliche Begründung von protestantischer Seite heftig bestritten wird und also in Bonn evangelische CDU-Politiker keinswegs dasselbe meinen wie ihre katholischen Kollegen, als sie die ausdrückliche verfassungsmässige Festlegung des Elternrechtes im Schulkompromiss forderten. Das Elternrecht ist nach katholischer Auffassung nicht kanonisch, gehört also nicht zum verbindlichen Lehrinhalt der Kirche. Es gehört vielmehr zum Naturrecht. Das Naturrecht ist jedem Menschen anerschaffen und angeboren, dem Christen sowohl als auch dem Nichtchristen. "Es ist begründet im naturhaften Ursprungsverhältnis". Man sollte

Naturrecht nicht verwechseln mit Naturgesetz. Recht ist ein sittlich-normativer Begriff, der nur auf den Menschen anwendbar ist. Und es ist unzulässig, das Naturrecht gleichzusetzen etwa mit der Raubtiernatur eines Tigers und es deswegen als unsinnig zu bestreiten. Es ist nun von ausserordentlicher Bedeutung, dass dieses Lexikon ausdrücklich feststellt, dass das Elternrecht nicht uneingeschränkt gilt, sondern durch nicht weniger als vier Gesichtspunkte eingeschränkt wird:

"Das Elternrecht ist begrenzt durch die sittliche Gesamtordnung, durch das wahre Wohl des Kindes, durch seine wachsende körperliche und geistige Selbständigkeit, endlich durch das Recht der Kirche, die durch einen übernatürlichen Zeugungsakt, die Taufe, einen unmittelbaren Rechtstitel auf die übernatürliche Führung und Erziehung des Menschen erwirbt, der durch den göttlichen Lehrauftrag (Mt. 28, 18-20) ergänzt wird".

In gewissem Sinne wird in der zitierten autorisierten Darlegung indirekt auch dem Staate ein einschränkendes Recht zukamnt in dem Schlusssatz:

"Die genaue Abgrenzung des sehr verwickelten Verhältnisses von Eltern-, Kirchen- und Staatsrecht, wie sie vor allem für die Gestaltung der Schulerziehung entscheidend ist, lässt sich nur finden bei sorgsamster Beachtung von Wesen und Ziel des unmittelbar gegebenen Eltern- und Kirchenrechtes und des unmittelbar erfließenden Rechtes des Staates".

Diese Darlegungen sind ungemein wertvoll.

Kein Christ, der sein Kind der Taufe zuführt, wird der Kirche folgerichtig den Rechtstitel auf Führung und Erziehung des Menschen gemäss göttlichem Lehrauftrag bestreiten wollen. Zur sittlichen Gesamtordnung in einem konfessionell gespaltenen Volke gehört aber die Toleranz. Sie muss schon in der Erziehung des Kindes geübt werden. Zum wahren Wohl des Kindes ist durchaus erforderlich, dass man ihm erspart, leistungsfähige und dazu kostspielige, womöglich weit entlegene konfessionalisierte Zwergschulen zu besuchen anstelle leistungsfähiger Gemeinschaftsschulen, in denen christlicher Religionsunterricht erteilt wird in Übereinstimmung mit den Bekenntnisgemeinschaften, wobei die Erziehungsberechtigten gemäss dem Elternrecht über die Teilnahme zu bestimmen haben. Die Befürworter der Gemeinschaftsschule erstreben keine "Verweltlichung" des Schulwesens und lehnen der Geistes- und Gewissensfreiheit wegen ein Staatsmonopol auf Erziehung ab. Sie sind sich klar darüber, dass die geistigen Fundamente Europas durch das Christentum und durch den Humanismus gegeben sind und dass durch diese beiden Kräfte eine Freiheitsordnung der Menschen untereinander gefordert wird. In der Verfassung von Nordrhein-Westfalen wurde die Gemeinschaftsschule auf sozialdemokratischen Antrag hin ausdrücklich als "christlich" gekennzeichnet.

Auch von den Gegnern der Konfessionsschule und Anhängern der Gemeinschaftsschule wird das Elternrecht grundsätzlich bejaht. Aber

es besteht äusserstes Misstrauen; ob es sich bei seiner Befürwortung wirklich um das freie, uneingeschränkte Naturrecht der Eltern handelt, und nicht vielmehr um den Willen von Organisationen, das Recht der Eltern an sich zu ziehen und es zu missbranchen zum Zwecke der Machtentfaltung. Wenn alle Organisationen darauf verzichteten, die Eltern zu bevormunden, gäbe es keine Meinungsverschiedenheiten über das Elternrecht mehr.

Gerade von ernstern Christen wird um des Christentums willen heute erkannt und mit Nachdruck betont, dass es in Politik und Erziehung jederzeit genau so viel Christentum gibt, wie es den Kirchen gelingt, christliche Wirklichkeit hervorzurufen. Militante kirchliche Massnahmen, offensiver oder defensiver Natur, können die christliche Lebenswirklichkeit nicht ersetzen, höchstens schädigen und auf machtpolitische Gebiete ablenken. Darum wäre die Verkümmern der Elternrechte durch organisatorische oder propagandistische Machtentfaltung eine verhängnisvolle Missachtung des Heilandswortes: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt".

Nachwort zu Schlangenbad

(sp) An massgebender sozialdemokratischer Seite wird Wert auf die Feststellung gelegt, dass ein Kommentar der britisch kontrollierten Zeitung "Die Welt" zum Ergebnis der Beratungen des Überleitungsausschusses in Bad Schlangenbad eine durchaus einseitige Interpretation darstelle.

In Schlangenbad ging es nicht darum, die Investitionen auf ein kürzeres oder etwas längeres Provisorium zu berechnen. Die CDU wollte vielmehr erreichen, dass man die Frage des Bundessitzes im Bundestag erst wieder aufwerfen sollte, wenn alle Bundesorgane konstituiert sind und dass, nach einer Äusserung Dr. Adenauers, das Wort "vorläufig" in der angenommenen Empfehlung bedeute, die ganze Frage des Bundessitzes solle solange nicht diskutiert werden, solange nicht Berlin als Hauptstadt in Betracht komme. Diesen Auffassungen hat sich die SPD nicht angeschlossen, sie kommen auch nicht in der Empfehlung zum Ausdruck.

Die SPD steht weiter zu ihrer Ansicht, dass es notwendig sei, möglichst sofort nach dem Zusammentreten des Bundestages die Frage des provisorischen Bundessitzes aufzuwerfen. Die Empfehlung, die Investitionen "auf das Mass zu beschränken, das erforderlich ist, den ordnungsmässigen Beginn der Tätigkeit der Bundesorgane zu gewährleisten", ist mit dem skizzierten sozialdemokratischen Standpunkt voll vereinbar.

Weitere Bemerkungen des Kommentars in der "Welt", dass es unter den nun gegebenen Umständen auch der SPD schwerfallen werde, den angekündigten Antrag zugunsten Frankfurts anzubringen, und die Behauptung, eine kleine Chance für Frankfurt möge bleiben, aber sie dürfe keinesfalls überschätzt werden, zeigen noch deutlicher den einseitigen CDU-Standpunkt dieser Stellungnahme. (m)187/1/he

Das Rassenproblem in den USA

Von Gerhart H. Seger, New York

In den Vereinigten Staaten findet alle zehn Jahre, jeweils in dem Jahre des vollen Dezenariums, eine Volkszählung statt; die letzte war also im Jahre 1940. Nach deren Ergebnis gab es in den USA eine weisse Bevölkerung von 118,216.870 Menschen; es gab 12,865.518 Neger, 333.969 Indianer, 77.504 Chinesen und 126.947 Japaner. Bis vor fünfzehn Jahren gab es noch einen Südstaat, wo die Negerbevölkerung die weisse überwog, den Staat Mississippi, aber auch dort hat inzwischen die weisse Bevölkerung die Neger ein wenig überflügelt; 1,106.327 Weissen stehen 1,074.578 Neger gegenüber. In den anderen Südstaaten, die traditionell an der negerfeindlichen Politik festhalten, sind die Neger noch weiter an Zahl hinter den Weissen zurück; in Georgia, Louisiana, Alabama, den Carolinas und Florida ist das Verhältnis 3 : 2 oder 2 : 1. Selbst wenn also die Neger das volle Wahlrecht hätten - was sie im Süden nicht haben - könnte von einer "Überwältigung" der Weissen durch die Neger gar keine Rede sein.

Obwohl die Verfassung seit 1868 ausdrücklich allen Bürgern des Landes die gleichen Rechte zusichert, halten noch immer die Südstaaten an der unterschiedlichen Behandlung der Neger fest. In acht Südstaaten gibt es noch immer eine Wahlkopfsteuer, die sich gegen die Neger richtet. Der Südstaat Georgia hat als Voraussetzung für die Eintragung in die Wählerlisten eine staatsbürgerliche Prüfung mit so schwierigen Fragen eingeführt, dass eine beträchtliche Anzahl der weissen Abgeordneten des Staatsparlaments viele davon selber nicht beantworten konnte. Immerhin kann man feststellen, dass die Entwicklung auf die allmähliche Abschaffung der Diskriminierung gegen die Neger gerichtet ist; in einigen Südstaaten haben Neger mit Erfolg die Gerichte angerufen und in den Carolinas z.B. haben die Neger bei den letzten Wahlen zu Hunderttausenden gewählt.

Die meisten Südstaaten haben noch immer Segregierungsgesetze; d.h., Neger müssen auf den Verkehrsmitteln in besonderen Wagen oder im Bus und in der Strassenbahn im hinteren Teile des Wagens fahren. Alle öffentlichen Gebäude haben getrennte Eingänge für Weisse und Neger, und an den Staats- und anderen akademischen Lehranstalten können sich im Süden die Neger nicht immatrikulieren. Aber auch diese Zustände werden langsam abgeschafft. In einigen Staaten haben Neger aufgrund der verfassungsmässigen Gleichberechtigung auf Zulassung geklagt, wo die für die Neger geschaffenen Lehranstalten nicht ausreichen oder nicht die gleichen akademischen Möglichkeiten bieten. In zwei Fällen, in Oklahoma und in Missouri, sind sie damit durchgedrungen und Negerstudenten sind, wenn auch vorerst nur vereinzelt und mit gewissen räumlichen Beschränkungen, an den Staatsuniversitäten zugelassen worden.

Das dunkelste Kapitel ist noch immer der Lynchmord. Auch da ist erfreuliche Abnahme festzustellen. Statistische Erhebungen sind von

Drei hanseatische Jungen kehren heim

----- Ein Reiseerlebnis

In Göttingen polterten sie gutgelaunt ins Abteil und fuhren mit in Richtung Hamburg. Es waren hanseatische Jungen, die nach vierjähriger Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Trotz der Zwischenerlebnisse sahen sie munter, gesund und kräftig aus. Unsere Unterhaltung lieferte bald die Erklärung dafür.

In russischer Kriegsgefangenschaft hat sich wieder das Darwin'sche Prinzip der Auslese der Lebinstüchtigsten verwirklicht. Freilich, jenen Ungezähnten, die Foch hatten, half auch der stärkste Lebenswille nichts. Manche wurden wegen geringer Vergehen - "Sabotage" war ein beliebter Vorwand - in Straflager geschickt, auf zwanzig Jahre und noch länger... Andere wurden zu SS-Leuten erklärt, weil ihnen einmal am Oberarm ein Furunkel geschnitten worden war, oder eine harmlose Tätowierung sie verdächtig machte. Viele sind mitten in der Nacht zu politischen Verhören abgeholt und nie mehr gesehen worden.

Andere aber haben Todesmärsche, Hungerqualen, Sauchen, Schwerarbeit verhältnismässig gut überstanden. Zu diesen Glücklichen gehörten meine Gegenüber. Den einen hatte eine Kommandierung in eine entlegene Traktorenstation gerettet, den anderen die Arbeit in einer Wodkafabrik (mit Tauschgelegenheiten), der dritte war als Automechaniker irgendwie unentbehrlich geworden.

Der Autodoktor hatte anfangs in der Werkstatt merkwürdige Erlebnisse. Es kamen immer wieder Kinder zu ihm und tasteten seine Stirn ab. Es ergab sich, dass in einem sowjetischen Schullesebuch die Deutschen als Teufel mit Hörnern abgebildet worden waren... Die älteren Leute glaubten es nicht, wie sie denn überhaupt dem gedruckten Wort nicht mehr glauben.

Die Hauptsorge des russischen Menschen gilt der "Norm". Das vorgeschriebene Boll steht als unsichtbarer Antreiber hinter dem Fabrikdirektor, Arbeiter und Arbeitssträfling. Indem jeder mit seiner "Norm" fertig werden will, gibt es keine Abstimmung der Arbeitsvorgänge aufeinander. Die Folgen sind Schleuderarbeit und Materialverwüstung. "Der Reichtum Russlands liesse eine Verdoppelung der russischen Lebenshaltung zu. Die Russen brauchen keine Eroberungen, sondern eine bessere Organisation im Innern." Der ganze Arbeitsprozess leide an dem Mangel an Gewissenhaftigkeit, wurde mir an Hand vieler Beispiele glaubwürdig dargetan.

Nur die Löhne sind nicht "genormt". Bei unqualifizierten Arbeitern und bei den werktätigen Frauen reicht der Verdienst nicht zum Ankauf der Grundnahrungsmittel. Lohnauszahlungen verspäten sich infolge Geldmangels der lokalen Bankfilialen oft um Dekaden. Geborgt bekommt man nichts. Infolgedessen besteht ein armer Teufel den anderen. Wer erwischt wird, wandert auf Jahre in ein Zwangsarbeitslager. Überlebt er es, muss er wieder stehlen und wird wieder verschickt. Die Landser hatten nie von Krawtschenkos Buch gehört, aber sie bestätigen es Seite für Seite.

Das Sowjetsystem kämpft einen zähen Kampf gegen die Infektionskraft des Westens. Wer als Ostarbeiter in Deutschland war, verschwand auf Jahre in Arbeitslagern oder Strafgebieten. So erging es auch

heimgekehrten russischen Kriegsgefangenen. Abgelöste Besatzungstruppen aus dem Westen werden ebenfalls von der Bevölkerung isoliert. Darum bestehen schlechte psychologische Voraussetzungen für einen sowjetischen Angriffskrieg.

Soweit man die deutschen Kriegsgefangenen zu qualifizierten Arbeiten zuliess, wurden ihre Leistungen in den Betrieben vielfach unentbehrlich. Sie nutzten das aus, stellten für Sonderaufträge und Mehrarbeit entsprechende Lohnforderungen und setzten sie zumist durch. Den geplagten Betriebsleitungen kam es auf die Erfüllung der "Norm" an. Von dem Mehrverdienst der Feiertagsarbeit (eine regelmässige Sonntagsruhe gibt es ja nicht) kauften sich dann die Kriegsgefangenen jene Lebensmittelzubussen, welche ihnen ermöglichten, gesund in die Heimat zurückzukehren.

Dass diese jungen Leute den Wert der Menschenrechte und des Rechtsstaates erkannt hatten, ging aus jeder Redewendung hervor. Manchmal schossen sie übers Ziel; wie da, wo einer meinte, wäre der deutsche Landser über die Verhältnisse im Bilde gewesen, so hätte er sich lieber im Deckungsloch zertröten lassen, anstatt sich zu ergeben. Sonst aber fiel mir das gereifte und wohlüberlegte Urteil dieser Jungen auf. Sie hatten, um mit Kurt Schumachers Worten zu sprechen, "den Bruder Mitmenschen nackt gesehen." (b)827)2/ho

-sch

Noble Gesinnung - noble Sprache

(ep) Unter der Überschrift "Der Würdigste soll es sein, nicht der Gehässigste" veröffentlicht der Pressedienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands einen Artikel, zu dem einiges zu bemerken ist. Der Würdigste, das ist dem Inhalt zu entnehmen, ist offenbar Dr. Adenauer, der sich seinerzeit so geschmackvoll über den körperlichen Zustand Dr. Schumachers und seine deshalb mangelhafte Fähigkeit zu politischer Betätigung ausgelassen hat; Der Gehässigste, das freilich wird sehr nachdrücklich gesagt, ist danach Dr. Schumacher.

Von sozialdemokratischer Seite war kürzlich gesagt, Fairness im Wahlkampf sei gewiss sehr notwendig, übertriebene Empfindlichkeit aber überflüssig, eine Feststellung, die, neben einigen anderen, schon eine hauchlerische Empörung ausgelöst hatte, obwohl keine Partei oder Person genannt worden war. (Es war auch gesagt worden, "Wahlkampf sei Machtkampf", was grosse Aufregung hervorrief, als ob nicht jede Partei durch den Wahlkampf sowohl an Einfluss und Macht wie möglich gewinnen will, um die Politik durchzusetzen, die sie für richtig hält. Eine bare Selbstverständlichkeit. Vielleicht sollte man auch das Wort Wahlkampf lieber durch Wahl-Tochtelmachtet ersetzen.) Die Sozialdemokraten selbst wollen nicht überempfindlich sein.

Aber was sich der DUD in dem Artikel gegen den "Gehässigsten" an Gehässigkeiten leistet, verdient doch festgehalten zu werden. Es heisst da u. a.: "...eine Persönlichkeit, deren Profil durch die einseitig fanatische Gehässigkeit des "Nur-Parteimannes" und durch

F/IV/79

- 7 -

8. Juli 1949

hemmungslose Missachtung und Verdächtigung des politischen Gegners bestimmt ist.... Nach alledem, was sich Schumacher als Führer der SPD in dieser Beziehung geleistet hat, vermag ein Deutscher, der noch auf Würde und Anstand im politischen Leben hält, wohl nur mit Scheudern daran zu denken, dass ein Schumacher eines Tages als Vertreter aller Deutschen auftreten könnte." Schumacher wird ein Demagoge und Fanatiker genannt, der sich frivol als künftiger Retter des Vaterlandes anbietet. Jedem vernünftigen Deutschen müsse klar sein, dass der Mann, der die höchste Repräsentation des Bundes ausübt, nicht ein Mann sein könne, "dessen politische Aktionen sich fast ausschliesslich in Hasttiraden gegen einen bedeutenden Teil seines Volkes und gegen dessen politische Vertreter erschöpfen."

Das also ist die eine wahrhaft noble Gesinnung bezeugende Sprache der um die Wahlkampf-Moral so besorgten CDU-Pharisäer! Wenn die entlarvenden Argumente des politischen Gegners immer schwer widerlegbar und damit unerträglich werden, wenn er in entscheidenden deutschen Schicksalsfragen vor aller Welt Recht behalten hat, wenn man merkt, dass er aus härterem Stoff als aus Lehm besteht, dann beginnt das hemmungslose Schimpfen. Die Tatsache, dass Schumacher im höchsten Masse unbecom ist, dass er schneller denkt und weiter sieht als die Spitzenfiguren im anderen Lager und dass er das schliesslich auch noch wagt, sichtbar werden zu lassen, genügt, ihm alles das vorzuwerfen, was man im gleichen Atemzuge selbst praktiziert. Ein ziemlich schäbliches Verfahren, das nur das Ausmass der Schwäche der Position des Gegners aufzeigt. (m/i/87/1/he)

Die Friedenskulisse

Zu den Stappen des kommunistischen Propagandaapparates gehören besonders in den letzten Monaten die Friedenskongresse. Nach New York und Paris kommt jetzt - Gelsenkirchen.

Dort wurde ein "Bund entschiedener Friedensfreunde" gegründet, auch "Freie Deutsche Liga" (FDL) genannt. Dieser Tarnungsversuch der Kommunisten ist wirklich plump. Freie deutsche Jugend, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund und viele andere Gebilde, die mit denselben Worten beginnen, tragen zu sehr den deutlichen Stempel der wirklichen Initiatoren, als dass man sich in Deutschland über ihren Charakter täuschen würde. Wenn man als "Bundespräsidenten" gar noch Herrn Fritz Bönnesch einsetzt, der in Gelsenkirchen und darüber hinaus als kommunistischer Funktionär bekannt ist, so ist das einfach mangelhafte Regie.

Trotzdem scheut dieser Verein keine Kosten, um in die Öffentlichkeit zu dringen. So verschickt man en masse Einladungen zu einem "Internationalen Friedenskongress" Anfang September in Gelsenkirchen. Auf der Rückseite des Rundschreibens lesen wir, dass namhafte Künstler, das Städtische Orchester und ein Männerchor die Ausgestaltung verschönern werden. Hunderte von Vertretern des In- und Auslandes werden erwartet. Es folgen gut klingende Namen von ausländischen Organisationen, die sich beteiligen werden, wie der Internationale Gewerkschaftsbund (welcher ist wohl gemeint?), United Nations (?) und viele andere von Bulgarien bis Pakistan.

Sicherlich würden auch andere ausländische Organisationen über die Ehre erstaunt sein, bereits vor ihrer Einwilligung auf der Liste der Unterstützenden zu figurieren. Mit Mitteilungen über die Beteiligung deutscher Organisationen hält man sehr zurück. Bescheiden heisst es nur, dass "deutsche politische Parteien und überparteiliche Organisationen, sowie viele bekannte und bedeutende Persönlichkeiten des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens" teilnehmen werden. Das sagt nichts - und alles.

H.P.

Verantwortlich: Peter Raunau